

PRESSEINFORMATION 26/2025

Going International BW: Geschäftserwartungen mit den USA brechen schon vor den Zoll-Ankündigungen ein

BWIIHK Vizepräsident Paal: „Wer nicht weiß, wohin der Kurs geht, wird kaum in die Zukunft investieren“

Stuttgart, 10. April 2025 – Die Zollpolitik von Donald Trump ist für Südwest-Unternehmen die Spitze des Eisbergs – Spuren hatte die protektionistische Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten aber auch schon zuvor hinterlassen. So hat Anfang März mehr als jedes dritte Unternehmen die Geschäftserwartungen mit den USA für die kommenden zwölf Monate als düster eingestuft. Ein Jahr zuvor gaben das nur 14 Prozent der Befragten an. Das ist das Ergebnis der DIHK-Umfrage Going international, die die IHK Region Stuttgart für Baden-Württemberg gesondert ausgewertet hat.

Demnach bezeichnet nur noch jedes vierte Unternehmen seine Geschäftserwartungen für die USA als gut, vor einem Jahr waren das noch 28 Prozent. „Für Unternehmen ist wirtschaftspolitische Unsicherheit wie dichter Nebel auf offener Straße – sie bremst Investitionen, lähmt Entscheidungsfreude und macht selbst vielversprechende Chancen zu unkalkulierbaren Risiken“, betont Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIIHK). „In den USA wirkt diese Unsicherheit derzeit wie Gift für die Geschäftserwartungen – denn wer nicht weiß, wohin der Kurs geht, wird kaum bereit sein, in die Zukunft zu investieren.“ Auch bei der aktuellen Geschäftslage trübt sich der Optimismus ein. Nur noch 31 Prozent der Unternehmen sagen, die Lage sei gut – vor einem Jahr waren das noch 44 Prozent der Betriebe.

„Es ist jetzt an der Zeit, zu zeigen, dass unsere Soziale Marktwirtschaft und unsere Werte das beste Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aller Zeiten sind“, so Paal. Die EU müsse erkennen, welche wichtige Rolle sie jetzt habe und mit einer sofortigen Kurskorrektur reagieren. „Dazu gehört für mich, sich auf Freihandel und offene Handelsgrenzen zu konzentrieren, auf Abkommen mit verhandlungsbereiten Ländern und Regionen, auf Investitionen in Bildung, auf Innovationen und auf Sicherheit.“ Unnötige Regulierungen sollten dagegen sofort abgeschafft werden, mitsamt der dafür geschaffenen Kontrollbehörden.

Klagen über Stolpersteine im eigenen Land

Laut Going international klagen immer mehr baden-württembergische Unternehmen über Stolpersteine aus dem eigenen Land, die das internationale Geschäft erschweren. 86 Prozent der Betriebe sehen sich mit hausgemachten Herausforderungen konfrontiert – 2024 waren das noch 80 Prozent. Besonders bürokratische Hürden und Unsicherheiten bei der Umsetzung von Vorschriften wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, dem CO²-Grenzausgleichsmechanismus sowie den steigenden Anforderungen durch die europäische Verpackungsrichtlinie sorgen für Kopfzerbrechen.

„Die Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen im internationalen Geschäft, aber wir schaffen es hier am Standort, ihnen noch zusätzlich ein Bein zu stellen“, sagt Tasilo Zywietz, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft in der IHK Region Stuttgart, welche im BWIHK beim Thema Außenwirtschaft federführend ist. So beklagt fast jedes zweite betroffene Unternehmen die aufwändige Exportkontrolle bei der Ausfuhr von Waren. „Wir bremsen unsere Betriebe durch die komplexen Zollformalitäten und die lange Bearbeitungsdauer zusätzlich aus“, so Zywietz.

Nordamerika weiterhin positiv bewertet

Dabei ist die Lage generell angespannt: 40 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage im Ausland als schlecht, gut sagen lediglich 18 Prozent. Nur in der Europäischen Union und in Nordamerika gibt es noch etwas mehr positive Rückmeldungen zur Geschäftslage als negative Feedbacks – allerdings hier ebenso mit zurückgehender Tendenz, insbesondere für Nordamerika. Auch der Blick in die Zukunft macht wenig Hoffnung: Über alle Weltregionen hinweg erwarten 29 Prozent der Betriebe schlechtere Auslandsgeschäfte, während nur 13 Prozent von einer Verbesserung ausgehen.

Handelshemmnisse nehmen weiter zu

Der internationale Handel wird für BW-Unternehmen zunehmend zur Herausforderung: Rund 67 Prozent der Firmen berichten von einer Verschärfung der Handelshemmnisse – das sind fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Während 2024 noch Sanktionen als größtes Hindernis galten (63 Prozent), rutschen diese 2025 mit 47 Prozent auf Platz drei. Stattdessen bereiten jetzt vor allem lokale Zertifizierungsanforderungen Kopfzerbrechen: Ihr Anteil ist von 46 Prozent in 2024 auf heute 53 Prozent gestiegen – insbesondere beim Handel innerhalb der Eurozone und in China. Auch strengere Sicherheitsvorgaben für Produkte machen es Unternehmen schwer, was 53 Prozent der Betriebe sagen. Besonders betroffen sind die Geschäfte in der Eurozone, wo Unternehmen verstärkt auf Handelshürden stoßen.

Informationen zur Umfrage:

Für die DIHK-Umfrage ‚Going International‘ wurden im Februar/März (24.02.2025 bis 07.03.2025) bundesweit knapp 2.600 Unternehmen zu ihrer aktuellen Geschäftslage im Ausland, zu ihren Geschäftserwartungen für das laufende Jahr (2025) sowie zu Handelshemmnissen und Herausforderungen befragt. Aus Baden-Württemberg beteiligten sich knapp 250 Unternehmen. Deren Rückmeldungen wurden von der im BWIHK beim Thema federführenden IHK Region Stuttgart separat ausgewertet.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Außenwirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.